

STADTREDAKTION HEIDELBERG

Tel.: 0 62 21 - 519 56 00
E-Mail: stadtreddaktion@rnz.de

Abschied von der Maskenpflicht

„Nase frei“ im Rathaus und im Theater wieder erlaubt

RNZ. Trotz der nach wie vor hohen Corona-Infektionszahlen müssen seit diesem Montag auch in den öffentlichen städtischen Gebäuden keine Masken mehr getragen werden. Allerdings empfiehlt die Stadt weiterhin „ausdrücklich“, Mund und Nase mit einer FFP2- oder medizinischen Maske zu bedecken. Die Regelung gilt sowohl für das Rathaus und die Bürgerämter in den Stadtteilen als auch für die weiteren städtischen Einrichtungen – unter anderem die Stadtbücherei, das Kurpfälzische Museum, den Zoo und das Theater.

Nachdem das Land Baden-Württemberg angekündigt hatte, sich in seiner Corona-Verordnung auf die Basisschutzmaßnahmen des Infektionsschutzgesetzes zu beschränken, hatte die Stadt Heidelberg zunächst entschieden, dennoch eine Maskenpflicht für städtische Gebäude beizubehalten. Nach einer erneuten Überprüfung der Hygienevorschriften heißt es nun aber von einem Stadtsprecher: „Für eine strenge Maskenpflicht fehlt uns anders als im Nahverkehr und in Krankenhäusern inzwischen die Rechtsgrundlage.“

Duo nach Angriff vor Gericht

Junge Männer sollen versucht haben, Studenten zu töten

RNZ. Zwei junge Männer müssen sich wegen versuchten Totschlags ab Dienstag vor der Großen Jugendkammer des Heidelberger Landgerichts verantworten. Den beiden zur Tatzeit Minderjährigen wird vorgeworfen, am 4. Dezember vergangenen Jahres gegen 2 Uhr in der Unteren Straße drei Studenten mit Schlägen und Tritten attackiert zu haben, wobei einer der Angeklagten sogar ein Messer benutzt haben soll. Es sind bis 10. Mai fünf Prozesstage angesetzt.

Die beiden sollen damals auf vier Studenten getroffen sein, von denen drei untereinander heftig gestritten hätten, wie es in einer Pressemitteilung des Landgerichts heißt. Die Angeklagten sollen die Auseinandersetzung zunächst beobachtet und die drei dann attackiert haben. Einem der Studenten sollen sie dabei gegen Rücken und Nacken, den beiden weiteren – ebenfalls am Boden liegenden – Studenten mehrfach gegen den Kopf beziehungsweise Oberkörper getreten und geschlagen haben. Nachdem ein Zeuge eingegriffen und einen der beiden Angreifer zur Seite gestoßen habe, soll der andere einem der Studenten mit einem Messer in den Oberkörper gestochen haben. Wenig später seien die Angeklagten geflohen. Ihre Opfer hätten sie zum Teil schwer verletzt, so habe der Student mit der Stichverletzung operiert werden müssen.

Da beide Angeklagte zur Tatzeit jünger als 18 Jahre alt waren, findet die Hauptverhandlung unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.



So klappt das Abi mit links

An der Wand neben dem Eingang der Elisabeth-von-Thadden-Schule in Wieblingen hängen gerade zahlreiche Plakate. Darauf stehen gute Wünsche wie „Du packst das, Thalischnupsi“, „Lenni, wir glauben an dich“ oder „Viel Glück, Inia“. Die kreativ und liebevoll gestalteten Poster tauchen jedes Jahr pünktlich zum schriftlichen Abitur an der Schulwand auf. Eltern und Freunde wollen damit ihre Prüflinge mental unterstützen.

Die Motivationsplakate haben am Thadden schon eine längere Tradition. „Das begann vor ungefähr 15 Jahren“, erklärt der stellvertretende Schulleiter Jochen Reinhard. Dabei werden die Plakatgestalter immer kreativer: „In dubio pro Leo“ steht dieses Jahr auf einem. Und – ein wenig fies: „Du bist zwar nicht die hellste Torte auf der Kerze – aber für's Abi reicht's“. rah / Fotos: Rothe

„Keiner ist gerne der Abbrucharzt der Region“

Forderungen nach Bereitschaft zu Schwangerschaftsabbrüchen am Uniklinikum werden lauter – Bisher nur aus medizinischen Gründen

Von Julia Lauer

Probleme in der Partnerschaft, eine klappte Finanzlage oder ein Lebenskonzept, in dem kein Kind vorgesehen ist – wenn sich Frauen angesichts ihrer Lebensumstände für den Abbruch ihrer Schwangerschaft entscheiden, finden sie am Heidelberger Universitätsklinikum keine Unterstützung. Denn anders als das Universitätsklinikum Tübingen etwa bietet das hiesige Klinikum in diesen Fällen keine Schwangerschaftsabbrüche an. Was bedeutet das für die Versorgung von Frauen in der Medizinstadt Heidelberg? Zu diesem Thema tauschten sich Vertreter von Klinik und Schwangerschaftskonfliktberatung auf einer Podiumsdiskussion in der Medizinischen Klinik im Neuenheimer Feld aus. Eingeladen hatten die Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg und die Grüne Hochschulgruppe Heidelberg. Rund 40 junge Leute, darunter in etwa ebenso viele Männer wie Frauen, fanden den Weg

zu dieser Abendveranstaltung und beteiligten sich mit zahlreichen Fragen.

„Aktuell bieten drei Ärztinnen in zwei Arztpraxen den medikamentösen Abbruch an“, schilderte Kirsten Schmitz, Leiterin der Beratungsstelle Pro Familia in der Hauptstraße, die Situation in der Stadt. Anders als medikamentöse Abbrüche seien operative Abbrüche in Heidelberg nicht möglich, wohl aber in der Nähe, in Mannheim oder in Ludwigshafen. Innerhalb von zwölf Wochen nach der Befruchtung ist ein Abbruch in Deutschland straffrei, sofern zuvor eine Beratung stattfand.

Dass die Versorgungslage damit besser ist als an vielen anderen Orten, bestreitet auch Schmitz nicht. Allerdings ist ihr zufolge eine wohnortnahe Versorgung nicht nur wichtig, um Wartezeiten zu vermeiden. „Es wäre auch ein wichtiges Symbol, wenn sich das Uniklinikum dem öffnen würde“, merkte sie an. Schließlich sei kein Arzt gerne der Abbrucharzt der ganzen Region.

Mit ihrer Forderung ist Schmitz nicht allein. Erst vor ein paar Wochen hatten Heidelberger Jusos und die SPD darauf gedrungen, dass die Universitätsklinik als Kliniken in öffentlicher Trägerschaft des Landes die Bereitschaft zu Schwangerschaftsabbrüchen zu einem Einstellungskriterium machen.

Das Heidelberger Uniklinikum führt Schwangerschaftsabbrüche bisher nur durch, wenn sie medizinisch geboten sind, etwa um eine lebensgefährliche Situation für die schwangere Frau abzuwenden. Auch wenn das ungeborene Kind eine so schwere Krankheit hat, dass es außerhalb des Mutterleibs nicht lebensfähig ist, kommt ein Abbruch infrage – diese Fälle sind glücklicherweise relativ selten.

Auch vor dem Hintergrund, dass die Ärzteschaft am Uniklinikum immer wieder mit tragischen Fällen zu tun hat, erklärt sich, dass sie Schwangerschaftsabbrüche nicht auch nach der Beratungsregelung anbieten will. Das berichtete Prof. Stephanie Wallwiener, Oberärztin für

Frauenheilkunde am Universitätsklinikum. Denn nicht nur die bisherige Klinikleitung, sondern auch die Ärzteschaft stehe hinter dieser Regelung. So habe eine Umfrage an der Frauenklinik 2019 ergeben, dass „100 Prozent der Ärzte“ keine Abbrüche nach der Beratungsregelung anbieten wollten. Allerdings: „Wenn ein oder zwei Ärzte mit ja gestimmt hätten, hätte es wohl keinen Unterschied gemacht“, sagte Wallwiener – schließlich seien an ihrem Haus an jedem Eingriff viele Menschen beteiligt. „Die Prozessketten am Universitätsklinikum sind sehr komplex.“

Im Mai zumindest sollen Studierende auf freiwilliger Basis die Möglichkeit haben, sich in einem dreistündigen Seminar mit dem medizinischen und rechtlichen Rahmen von Schwangerschaftsabbrüchen auseinanderzusetzen und die Beratungssituation interaktiv durchzuspielen – ein Pilotprojekt, das vor dem Hintergrund einer studentischen Initiative entstand. Es hat zum Ziel, die Auseinandersetzung mit diesem Thema zu fördern.

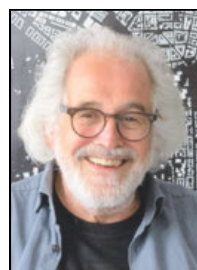
Ist Heidelberg fähig zur Veränderung?

RNZ-Forum mit IBA-Chef Michael Braum am Donnerstag – Bei schönem Wetter im Anderen Park

we. Was bleibt von der IBA? Wie geht es nach Abschluss der Internationalen Bauausstellung in Heidelberg weiter? Und ist diese Stadt überhaupt zur Veränderung fähig? Oder neigen die Menschen in der „heimlichen Hauptstadt der deutschen Romantik“ zur Selbstgefälligkeit? Über diese Fragen diskutiert IBA-Chef Michael Braum beim nächsten RNZ-Forum diesen Donnerstag, 5. Mai, ab 18 Uhr auf dem Marlene-Dietrich-Platz vor dem neuen Karlsruhbahnhof in der Südstadt.

Der Ort ist nicht zufällig gewählt, denn er liegt mitten im „Anderen Park“. Das ist eines der sichtbaren IBA-Projekte – eines mit Vorzeigecharakter, das übrigens erst in der kommenden Woche offiziell eröffnet werden wird.

Michael Braum, Jahrgang 1953, studierte in Berlin Städtebau, wurde Stadtplaner und 1998 Hochschullehrer für Städtebau und Entwerfen an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover. Vor zehn Jahren übernahm Braum die Stelle des geschäftsführenden Direktors der IBA Heidelberg. Sein Herz schlägt für die Architektur und Stadtplanung, weshalb er in Heidelberg viele Akzente setzte – wobei nicht alle seine Ideen verwirklicht werden konnten.



Michael Braum.
Foto: Rothe

Nach Ende der IBA bleibt er jedoch Heidelberger. Und das ist der Punkt, wo das RNZ-Forum ansetzt: Wie soll es weitergehen, damit die entstandenen Pläne für Heidelberg nicht in den Schubladen der Bürokratie verschwinden? Im Gespräch mit RNZ-Chefredakteur Klaus Welzel wird Braum seine Vision verdeutlichen und die Chancen einer sich verändernden Stadt aufzeigen und beleuchten.

Sollte es am Donnerstag regnen, wird das RNZ-Forum kurzfristig in die Chapel in der Rheinstraße verlegt – ansonsten bleibt es bei der Open-Air-Veranstaltung. Wer dabei sein möchte, kann sich noch anmelden unter rnz-forum@rnz.de oder per Lesertelefon heute ab 14 Uhr: 06221 / 519-5606.

Kinder mit Flaschen knapp verfehlt

RNZ. Ein 69-Jähriger hat am Sonntagnachmittag im Stadtteil Bergheim Flaschen und andere Gegenstände aus dem Fenster geworfen. Dabei verfehlte er zwei Kinder auf dem Gehweg in der Blücherstraße nur knapp, wie die Polizei berichtet. Ein Zeuge hatte gegen 13 Uhr die Polizei gerufen, nachdem er die Szene beobachtet hatte. Die Polizisten stellten den 69-jährigen Mann zur Rede. Dieser sei sichtlich alkoholisiert gewesen – und offenbar in einem psychischen Ausnahmezustand. Ein Atemalkoholtest ergab über ein Promille. Der 69-Jährige musste mit auf das Polizeirevier und wurde dann in eine psychiatrische Einrichtung gebracht. Die Polizei sucht nun nach den betroffenen Kindern. Die Eltern werden gebeten, sich unter Telefon 06221 / 991700 zu melden.

HEUTE BEIM STÜCKEMARKT

Diesen Dienstag um 11 Uhr im Zwinger 1, Zwingerstraße 3, ist mit „Löwenherzen“ (ab zehn Jahren) von Nino Haratischvili vom Consol Theater Gelsenkirchen das Gewinnerstück des Mülheimer Kinder-Stücke-Preises zu Gast in Heidelberg. Nach der Stückentwicklung „Baby Don't Hurt Me“ vom Theaterhaus Jena um 18.30 Uhr im Zwinger 1 steht um 20.30 Uhr der Theaterfilm „Dark Room revisited“ vom Maxim Gorki Theater Berlin im Live-Stream auf Deutsch und

StüMa 2022

Englisch mit deutschen Untertiteln im Marguerre-Saal, Theaterstraße 10, auf dem Programm. Nach allen Stücken wird ein Nachgespräch mit Beteiligten der Produktion angeboten.

Ab 20.30 Uhr kann man den Theaterfilm „Dark Room revisited“ zudem für 24 Stunden im Internet unter www.theaterheidelberg.de sehen. In der Friedrichstraße 5 ist von 15 bis 19 Uhr der Netzraum mit „Princess Hamlet“ als Stream und „Peeling Oranges“ als Hörspiel geöffnet.

Im Sommer auf das Airfield?

Gemeinderäte wollen ehemaligen US-Flugplatz möglichst schnell öffnen – Das geht aber nur mit Zustimmung des Bundes

Von Denis Schnur

Seit ziemlich genau acht Jahren ist das Airfield, der ehemalige US-Flugplatz zwischen Kirchheim, Pfaffengrund und der Bahnstadt, verlassen. Ein großer Zaun umringt die Gebäude, nur ein kleiner Teil der Landebahn liegt außerhalb – und wird im Sommer schon ausgiebig von den Pfaffengrunden zum Ballspielen, Radfahren und Picknicken genutzt. Geht es nach den Heidelberger Stadträten, wird auch der Rest des Areals möglichst schnell wieder mit Leben gefüllt. Doch das ist gar nicht so einfach, wie vergangene Woche im Konventionsausschuss deutlich wurde.

Dabei mangelt es nicht an Ideen, was alles auf dem Gelände passieren könnte. Die CDU plädiert dafür, es den Schaustellern für ein Fest zur Verfügung zu stellen. Die Grünen stellen sich eine Art riesigen Freiraum vor sowie eine Bühne, auf der auch mal Konzerte stattfinden. Die SPD will die Idee des Landwirtschaftsparks schnell umsetzen – und bis dahin die Fläche möglichst öffnen. Einig ist sich die große Mehrheit, dass das Areal zu schade ist, um einen weiteren Sommer geschlossen zu bleiben.



Ein großer Zaun umringt fast das gesamte Airfield-Areal. Geht es nach dem Gemeinderat, wird es zügig geöffnet. Foto: Rothe

Und auch die Stadtverwaltung könnte sich grundsätzlich vorstellen, den ehemaligen Flugplatz über den Sommer zu beleben. Doch die Entscheidung darüber liegt weder beim Gemeinderat, noch bei der Stadtspitze – sondern beim Bund, beziehungsweise deren Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima), in deren Besitz sich das gut 15 Hektar Grundstück noch

immer befindet. Entsprechend fasste Oberbürgermeister Eckart Würzner zusammen, welche Aktivitäten dort im Sommer seiner Ansicht nach möglich sind: „Alles, was die Bima genehmigt. Punkt.“

Zudem sei es nicht damit getan, den Zaun zum Areal zu öffnen. Für größere Veranstaltungen müsse man Strom- und Wasseranschlüsse schaffen. „Das ist nicht so einfach, wie man denkt“,

so Würzner. Außerdem müsse man sicherstellen, dass es nicht zu Vandalismus komme, wenn das Grundstück auch abends geöffnet sei – wie auf der Alla-Hopp-Anlage. Deshalb will der OB zunächst das Gespräch mit der Bima suchen, um dann dem Gemeinderat noch vor dem Sommer ein Konzept vorzulegen, wie das Areal schnell behutsam geöffnet werden kann – und was

das kosten würde. „Das wird sicher nicht so aussehen, dass wir das Airfield drei Monate lang bespielen, das können wir nicht finanzieren.“ Realistischer sei es, das Grundstück zunächst am Wochenende – unter Aufsicht – für gewisse Zeiten zu öffnen. „Wir müssen schrittweise probieren, was geht – immer in Absprache mit dem Eigentümer“, betonte Wolfgang Polivka, der das Liegenschaftsamt der Stadt leitet.

Dabei habe der Bund aber bereits klar gemacht, dass er Nutzungen ablehnt, für die größere bauliche Veränderungen nötig sind. Eine Zwischennutzung dürfe keine Tatsachen schaffen für die künftige Verwendung des Areals. Denn auch, wenn es im Gemeinderat viel Rückhalt für die Idee eines Landwirtschaftsparks gibt, ist auch deren Umsetzung von der Bima abhängig. „Und die stellt sich eher eine Bebauung vor“, so Würzner. Entweder mit Häusern oder mit einer riesigen Solaranlage (die RNZ berichtete). Denn ein Park biete die geringste Wertschöpfung, sodass der Bund beim Verkauf der Fläche an die Stadt am wenigsten Erlös erziele. „Dass er da zustimmt, ist nicht ausgemacht“, warnte das Stadtoberhaupt.